



POLITIK / KOMMENTAR

Rüstung - anwachsende Märkte ...

(SB) - Was deutscher Erfindergeist und Schaffensdrang anpacken, kann sich sehen lassen. Als hätte es dieser Bestätigung bedurft, machte jüngst die Frohe Botschaft die Runde, daß "Made in Germany" wie eh und je ein in aller Welt hochgeschätztes Gütesiegel ist. Das Evangelium des Vertrauens in eine Produktivkraft, die dafür bürgt, daß überall dort, wo "Deutschland" draufsteht, auch Deutschland drin ist, darf selbst in Zeiten wie diesen, in denen die hiesige Volkswirtschaft auf eine Rezession zusteuert, nicht schwächeln. Einspringen muß da eine Branche, die als krisensicher gilt, weil sie nicht nur Krisen mitproduziert, sondern von diesem Kerngeschäft auch noch profitiert. Wenngleich man im Sinne des gleichgültigen Kapitalverhältnisses ... (Seite 3)

SCHACH - SPHINX

Allzu rabiät und gekünstelt

(SB) - Bei der Deutschen Einzelmeisterschaft 1980 in Bad Neuenahr-Ahrweiler erwarb sich Dr. Peter Ostermeyer die Auszeichnung, gemeinsam mit Ludek Pachman während des gesamten Turniers ungeschlagen zu bleiben. Dennoch landete ... (S. 5)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Interview

Megaprojekte stürzen Amazonasgebiet in die Misere

von João Vitor Santos



Elielson da Silva

Bild:

Instituto Humanitas Unisinos

(São Leopoldo, 2. Oktober 2019, ihu-unisinos) - In einem Interview mit IHU On-Line spricht Elielson Silva über die Geschichte des Einzugs des kanadischen Bergbauunternehmens Belo Sun in der brasilianischen Region Volta Grande am Xingu-Fluss im Amazonasgebiet. Die Region ist seitdem geprägt von Konflikten zwischen den Interessen des Unternehmens, der Bevölkerung in der Gegend und dem Umweltschutz. Silva ist Forscher des Projeto Nova Car-

tografia Social da Amazônia (Projekt Neue Sozialkartografie Amazoniens), die mit einer Kartographie der Ethnien und Gemeinden im Amazonasgebiet Landnahme dokumentieren und soziale Bewegungen stärken wollen.

Mit dem Versprechen, durch Megaprojekte im Bergbau Arbeitsplätze zu schaffen und wirtschaftlichen Wohlstand zu bringen, wird der Region der Volta Grande in der brasilianischen Provinz Pará die Idee einer unausweichlichen Entwicklung als Ausweg für das Amazonasgebiet verkauft. Für die Bevölkerung

vor Ort gibt es dabei de facto nur unzählige Verschlechterungen im Umwelt- und sozialen Bereich. "Kurz gesagt, wird hier in soziale Prozesse eingegriffen, und zwar begleitet von Gewalt und schweren Konflikten", fasst der Forscher Elielson Silva zusammen. Der Fall des kanadischen Bergbauunternehmens Belo Sun, welches sich seit 2010 in der Region Volta Grande am Fluss Xingu einrichtet, ist ein klassisches Beispiel für diesen Entwicklungswahn. Silva hat die Veränderungen seit den ersten Bewegungen des Projektbeginns aus der Nähe begleitet. "Die Zunahme der Aktivitäten von Belo Sun ist einerseits geprägt von Strategien einer Außendarstellung, in der die Vorteile der Entwicklung im Vordergrund stehen und andererseits von verschiedensten Formen von Gewalt", erklärt er.

Im Interview gibt der Forscher Einblick in die Machtstrategien des Unternehmens. Die Vorherrschaft von Belo Sun begann direkt mit der Eröffnung des ersten Verwaltungsbüros, noch bevor irgendwelche Arbeiten angefangen hatten. "Die Präsenz eines physischen Büros des Unternehmens im Dorf Vila Ressaca verstärkt den Eindruck eines 'unveränderlichen Faktens', in dem Sinn, dass die Aufnahme der Arbeiten unausweichlich und nur eine Frage der Zeit sei", beobachtet er. "Aus sozialer Sicht erzeugt das Instabilität und verbreitet Angst und Schrecken, welche durch die wirtschaftlichen Zusammenbrüche von kleinen Bergbauunternehmen und die Schäden, die durch den Staudamm im Fluss sowie die damit zusammenhängenden Versuche,

die Bewohner zu vertreiben, verstärkt werden", fügt er hinzu.

Bergbauunternehmen verbreitet "Angst und Schrecken"

Wenn er von "Angst und Schrecken" spricht, meint Silva vor allem "Enteignungen, Wegnahme von Land, Zwangsräumungen, illegale Landnahme, drakonische Entschädigungszahlungen, Zutrittsverbote an öffentlichen Orten, Schließung von nicht-industriellen Bergbaubetrieben, Drohungen sowie zum Schweigen bringen und Kriminalisierung widerständiger Führungspersonen". Das alles schließt noch nicht einmal die negativen Auswirkungen auf die Umwelt im Umland des Flusses Xingu ein. "Die große bevorstehende Bedrohung hängt vor allem mit der Häufung der Schäden in einer Region zusammen, die bereits unter den schwerwiegenden Folgen zu leiden hat, die der Bau des Staudamms Belo Monte nach sich zieht", folgert er.

Silva fasst zusammen: "Die soziale und wirtschaftliche Dynamik des Ortes wurde durch diese Belastungen, Unsicherheiten und Veränderungen der natürlichen Abläufe zum Zusammenbruch gebracht". Er betont allerdings, dass die Vila Ressaca, von der aus Belo Sun die Projekte steuert, trotz dieser negativen Einflüsse immer noch ein Ort des Widerstands ist. "Ressaca ist ein Lebensraum, der aufbegehrt", bekräftigt er. Um diesen Widerstand zu stärken und seine Potentiale zu unterstützen, betont Silva die "Notwendigkeit des Zuhörens und die Anerkennung und Sichtbarmachung der Narrative traditioneller Völker

und Gemeinden, die von wirtschaftsorientierten Megaprojekten im Amazonasgebiet umgeben sind". Denn letztendlich ist der Xingu, wie er sagt, "Quelle der physischen, sozialen, wirtschaftlichen und kosmologischen Reproduktion der Völker, die dort leben".

Das Interview auf Portugiesisch:
<http://www.ihu.unisinos.br/593064-belo-monte-e-belo-sun-o-desenvolvimentismo-triunfalista-e-violento-que-afunda-a-regiao-amazonica-em-degradacoes-entrevista-especial-com-elielson-silva>

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/interview-mega-projekte-stuerzen-amazonasgebiet-in-die-misere/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:
 poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
 Herausgeber:
 Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
 Köpenicker Straße 187/188
 10997 Berlin
 Telefon: 030/789 913 61
 E-Mail: poonal@npla.de
 Internet: <http://www.npla.de>



Rüstung - anwachsende Märkte ...

Es ist extrem bitter, dass der heutigen SPD die Gewinne der Rüstungsindustrie wichtiger sind als Frieden. Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) [1]

(SB) 9. Oktober 2019 - Was deutscher Erfindergeist und Schaffensdrang anpacken, kann sich sehen lassen. Als hätte es dieser Bestätigung bedurft, machte jüngst die Frohe Botschaft die Runde, daß "Made in Germany" wie eh und je ein in aller Welt hochgeschätztes Gütesiegel ist. Das Evangelium des Vertrauens in eine Produktivkraft, die dafür bürgt, daß überall dort, wo "Deutschland" draufsteht, auch Deutschland drin ist, darf selbst in Zeiten wie diesen, in denen die hiesige Volkswirtschaft auf eine Rezession zusteuert, nicht schwächeln. Einspringen muß da eine Branche, die als krisensicher gilt, weil sie nicht nur Krisen mitproduziert, sondern von diesem Kerngeschäft auch noch profitiert. Wenngleich man im Sinne des gleichgültigen Kapitalverhältnisses argumentieren könnte, daß es ein Geschäft wie jedes andere ist und aus Geld mehr Geld machen soll, was immer als warenförmige Zwischenetappe dabei produziert wird, bedarf es doch darüber hinaus einiger Anmerkungen.

Steht der deutschen Rüstungsbranche absehbar ein Rekordjahr ins Haus, reibt sich diese Kapitalfraktion die Hände, um es einmal metaphorisch auszudrücken. Natürlich freut sich auch die Bundesregierung, ist das doch zumin-

dest ein Lichtblick inmitten einer schwer eingetrübten Konjunktur. Eine ökonomistische Sichtweise reicht jedoch nicht hin, die zentrale Bedeutung hochentwickelter Waffengewalt im Dienst der Herrschaftssicherung zu erhellen. Das gilt für die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols nach innen und um so mehr im Außenverhältnis der Staaten, da die weit ausdifferenzierte wirtschaftliche, politische, juristische und administrative Macht nur auf Grundlage militärischer Kapazitäten exekutiert werden kann. Daher ist eine florierende und innovative Rüstungsproduktion eine wichtige Komponente beim Kampf um Produktivitätsvorteile der Volkswirtschaft insgesamt, doch unverzichtbar im Sinne eines Potentials, mit einer Übermacht der Waffen zu drohen oder von ihr Gebrauch zu machen.

Wenn Regierungspolitik also Waffenexporten Tore und Hintertüren öffnet, dient das multiplen Zwecken einer Staatsräson, an der Friedensappelle aberperlen wie Regentropfen von Panzerplatten. Ohnehin suggeriert die Dichotomie von Krieg und Frieden zwei diametral entgegengesetzte Zustände, als fordere die zivile Aggression in Handel und Wandel, in Schuldenregimen und Austeritätszwängen und nicht zuletzt in Gestalt der hereinbrechenden Klimakrise gleichermaßen zahllose Opfer, die verdursten, verhungern, an Krankheiten sterben oder arbeitsbedingt eine sehr viel geringere Lebenserwartung als die

Bewohner der hochentwickelten Industriestaaten aufweisen.

Was aber den Krieg im engeren Sinne betrifft, mischt die Bundesrepublik nach einer Exportdelle der Rüstungsindustrie 2018 nun im laufenden Jahr kräftiger denn je mit. Ans Licht gebracht hat das wie immer eine Anfrage der Opposition an das Wirtschaftsministerium, das die Zahlen herausrücken mußte, wobei Ressortchef Peter Altmaier einmal mehr abwiegelte, wie das so seine Art ist. Daß die vom Bundessicherheitsrat erteilten Exportgenehmigungen bereits zur Jahreshälfte 2019 mit 5,3 Milliarden Euro die des gesamten Vorjahres von 4,8 Milliarden Euro übertrafen, führt er beschwichtigend auf die lange Hängepartie bei der Regierungsbildung nach der Wahl 2017 zurück. Dadurch sei ein Entscheidungsstau entstanden und der sprunghafte Anstieg daher "nur scheinbar überraschend".

Den Eindruck, daß folglich alles seine Ordnung habe, mochte Omid Nouripour natürlich nicht teilen, der die Anfrage gestellt hatte. Er nahm zugleich die neuen Exportrichtlinien für Rüstungsgüter aufs Korn, die erstmals seit 20 Jahren und auch erst nach diversen Ankündigungen und einem monatelangen Ringen in der Großen Koalition im Juli endlich doch überarbeitet, jedoch nur geringfügig verschärft wurden. Demnach wird die Lieferung von Kleinwaffen in Länder außerhalb von NATO und EU nun grundsätzlich nicht mehr geneh-

ragt. Zudem soll der Verbleib bereits exportierter Waffen stärker kontrolliert werden. Vor allem die SPD dringt in der Koalition auf eine restriktive Genehmigungspraxis, was jedoch für den Grünen-Politiker angesichts anhaltender Lieferungen an Mitgliedsländer der Jemen-Kriegsallianz "weniger wert als heiße Luft" ist. Daß Nouripour, wie eingangs zitiert, insbesondere die SPD aufs Korn nimmt, hat seinen Grund. Während die Union sowieso voll zur Sache gehen will, was insofern keiner besonderen Erwähnung bedarf, inszenieren sich die Sozialdemokraten als Friedenstauben, indem sie befristet und partiell eine öffentlichkeitswirksame Bremse einlegen, während sie grundsätzlich keine Probleme mit Aufrüstung und Waffenexporten haben.

Bis Ende September stiegen die Ausfuhrgenehmigungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 75 Prozent auf 6,35 Milliarden Euro. Damit nähert sich das Exportvolumen den bisherigen Rekordwerten aus den Jahren 2015 und 2016 von 7,86 beziehungsweise 6,85 Milliarden Euro an. Die mit Abstand meisten Exporte wurden mit 1,77 Milliarden Euro für den EU- und NATO-Partner Ungarn genehmigt. Die dortige rechtsnationale Regierung von Ministerpräsident Viktor Orban rüstet derzeit massiv auf und will die Verteidigungsausgaben verdoppeln. Dem liegen nicht zuletzt Pläne zugrunde, die deutsche Bundeswehr und die ungarischen Streitkräfte enger zu verzahnen, wofür Ungarns Armee einem rasanten Aufholprozeß unterzogen werden soll. Ungeachtet aller Dissonanzen mit Orban bleibt sein Land doch eine unverzichtbare Kompo-

nente bei der Abschottung der "Festung Europa", die deshalb mit deutschen Waffen auferüstet wird. [2]

Auf dem zweiten Platz folgt Ägypten mit Lieferungen im Umfang von 802 Millionen Euro, was in mehrfacher Hinsicht in eklatantem Widerspruch zu selbstauferlegten Beschränkungen deutscher Regierungspolitik steht. Zum einen führt das Land Krieg auf der Sinai-Halbinsel, was von der internationalen Öffentlichkeit jedoch kaum wahrgenommen wird. Zum anderen gehört es der Koalition an, die Krieg im Jemen führt. Dabei hatten sich Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag im März 2018 vorgenommen, Exporten an die "unmittelbar" am Jemen-Krieg beteiligten Staaten einen Riegel vorzuschieben. Es wurden aber Ausnahmen zugelassen, wobei sich die Bundesregierung bislang sowieso nicht imstande sieht, die unmittelbar beteiligten Staaten zu nennen. Die Mogelpackung eines angeblich kompletten Exportstopps wurde nach der Ermordung des regierungskritischen Journalisten Jamal Khashoggi gegen Saudi-Arabien verhängt

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) stehen mit 206 Millionen Euro auf Platz neun der Empfängerländer, obgleich auch sie dem Bündnis angehören, das gegen die Huthi-Rebellen kämpft. Inzwischen haben sich die VAE aber mit Saudi-Arabien überworfen und den Abzug ihrer Truppen aus dem Jemen angekündigt. Der von Kanzlerin Angela Merkel geleitete Bundessicherheitsrat gab grünes Licht für den Export von Stromaggregaten für ein Luftabwehrsystem. Lieferant ist Jenop-

tik Power Systems mit Sitz im bayerischen Altenstadt. Die Stromaggregate sind für "Patriot"-Batterien aus den USA vorgesehen, welche die VAE ebenso wie die Bundesrepublik als mobilen Schutz vor Luftangriffen nutzen.

Nach dem Drohnenangriff auf Ölanlagen in Saudi-Arabien hat das US-Verteidigungsministerium entschieden, zwei zusätzliche Batterien dieses Typs in den Wüstenstaat zu verlegen. Die VAE spielen in den strategischen Planungen der westlichen Mächte eine herausragende Rolle. Die USA haben dort rund 5000 Soldaten stationiert, und vom Luftwaffenstützpunkt Al Dhafra aus starten die Analysten vom American Security Project zufolge die meisten Überwachungsflüge des US-Militärs weltweit. Frankreich unterhält in Abu Dhabi einen Marinestützpunkt, an dem dauerhaft 650 Soldaten stationiert sind.

Auch Deutschland ist mit von der Partie und hatte mit den VAE bereits 2004 eine strategische Partnerschaft vereinbart, deren Ausbau nun im Juni beim Besuch von Kronprinz Scheich Mohammed bin Said Al Nahjan bei Bundeskanzlerin Merkel in Berlin beschlossen wurde. Trotz der Koalitionsvereinbarung waren die Rüstungsexporte an die VAE nie ganz eingestellt worden, da die von Union und SPD vereinbarte Regelung, wie gesagt, Ausnahmen zuließ. So wurden allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres die bereits erwähnten Exportgenehmigungen von Rüstungsgütern im Wert von mehr als 200 Millionen Euro für die Emirate erteilt. [3]

- 1 UMWELT - INTERNATIONALES:
Elielson da Silva - Megaprojekte stürzen Amazonasgebiet in die Misere (poonal)
- 3 POLITIK - KOMMENTAR:
Rüstung - anwachsende Märkte ...
- 5 SCHACH-SPHINX:
Allzu rabiät und gekünstelt
- 6 DIENSTE - WETTER:
Und morgen, den 10. Oktober 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. Oktober 2019

Vorhersage für den 10.10.2019 bis zum 11.10.2019



© 2019 by Schattenblick

Windig, trübe oder grauer
treibt der Tag Frosch Jean entgegen,
Regen, Kühle und auch Schauer,
Blätter, die sich niederlegen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.